

Bern

Grün und gegen das Covid-Gesetz

Organisatorin der Covid-Demo Die Berner Stadträtin Simone Machado kämpft an vorderster Front gegen das Covid-Gesetz. Warum tritt sie zusammen mit Freiheitstrychlern und SVP-Politikern auf?

Sophie Reinhardt

Im Berner Stadtparlament sitzt sie ganz links aussen, die grün-alternative Stadträtin Simone Machado. An den Covid-Demonstrationen trägt sie ein SVP-Anliegen mit, die Kritik am Covid-Gesetz. Die 52-jährige Juristin hat die Samstagdemo im Namen der Freien Linken Schweiz mitorganisiert. Dort trat sie auch auf der Bühne auf, wo sie sich in ihrer Rede gegen das «Zertifikat, Diskriminierung und Massen-

«Wir arbeiten punktuell immer wieder sehr gut mit Simone Machado zusammen.»

Alexander Feuz

Fraktionspräsident der SVP
Stadt Bern

überwachung» aussprach. Sie sei gegen das Zertifikat, nicht aber gegen sämtliche Massnahmen, sagt Machado auf Nachfrage.

Was sagen ihre grünen Kollegen im Parlament zu ihrem Engagement in dieser Sache? In ihrer kleinen grünen Splitterpartei, der GaP, trägt man Machados Haltung mit, ihre Partei empfiehlt die Stimmfreigabe bei der Abstimmung über das Covid-Gesetz am 28. November. Auch GaP-Urgestein Luzius Theiler war an der bewilligten Manifestation am Wochenende dabei, wie er auf Anfrage bestätigt. Es habe dort «eine gute Stimmung» geherrscht.

Keine grüne Einigkeit

An der Delegiertenversammlung der nationalen Grünen Partei sprach sich Machado ebenfalls für die Stimmfreigabe zum Covid-Gesetz aus – und scheiterte



«Es gibt durchaus linke und grüne Kritiker der staatlichen Massnahmen», sagt Simone Machado. Foto: Keystone



Tausende demonstrieren am Wochenende gegen die Corona-Politik des Bundes. Foto: Jürg Spori

damit krachend. Die Grüne Partei empfiehlt das Covid-Gesetz zur Annahme, dies wird voraussichtlich auch die Grüne Freie Liste an ihrer Delegiertenversammlung am Mittwoch beschliessen, sagt Tanja Miljanović, Co-Präsidentin der GFL. Beim Grünen Bündnis heisst es, es gebe keinen Grund, das Gesetz abzulehnen. Zudem wolle man keinesfalls gemeinsam mit Rechten, Verschwörungstheoretikern und Freiheitstrychlern an einer Veranstaltung auftreten.

Machado entgegnet, dass es sich bei der Veranstaltung vom Wochenende keineswegs um eine Demonstration von Anhängern kruder Verschwörungsthe-

orien handelte – auch wenn unter den Tausenden Demo-Teilnehmern wohl auch einige von «rechts aussen» teilnahmen. Doch sie widerspricht, dass die Kritik am Covid-Gesetz ein SVP-Anliegen sei und sie sich mit den Rechten verbündet habe: «Die Demonstration ist vor allem von Bürgerorganisationen wie dem «Aktionsbündnis Urkantone» organisiert worden.» Zudem sei das «Verteidigen der Grundrechte» eine der wichtigsten Anliegen der GaP.

Machado sagt denn auch, dass es durchaus Linke und grüne Kritiker der staatlichen Massnahmen gebe – sie würden nur nicht laut auftreten. Sie hat trotzdem

Nächste Demo in Planung

Die letzte Corona-Demo ist erst wenige Tage her, und nun hat die Stadt Bern bereits die nächste Anfrage zu bearbeiten. Die Stadt bestätigt auf Anfrage, dass ein Demo-Gesuch für den 12. November hängt. Dahinter steckt die Organisation «Public Eye on Science». Deren Präsident ist der Zürcher Kantonsrat Urs Hans. Wegen seiner Thesen zur Coronapandemie ist der Landwirt vor über einem Jahr aus der Grünen Partei geworfen worden. Hans organisierte bereits eine Corona-Demo in Winterthur und war am Wochenende in Bern dabei. (sie)

keine Berührungsängste mit «der Basis der SVP», präzisiert sie. Davon zeugen auch zahlreiche Vorstösse im Stadtparlament, welche sie gemeinsam mit der Rechtspartei einreichte.

Zusammenarbeit mit rechts

Machados Kampfgeist ist gross: Mitte April reichte sie beim Bundesgericht eine Beschwerde ein gegen die im Februar vom Regierungsrat beschlossene Beschränkung der Anzahl Demo-Teilnehmer auf fünfzehn – und bekam recht. Lob für ihr Engagement in Sachen Corona-Politik erhält Machado denn auch von rechts: «Wir arbeiten punktuell immer wieder sehr gut mit ihr zusammen, etwa bei Baugeschäften wie beim Widerstand gegen die Planung Hirschengraben oder das gefährliche Velofahren auf den Trottoirs», so Alexander Feuz, Fraktionspräsident der SVP im städtischen Parlament. Während man bei der Kritik der Wachstumspolitik des Gemeinderats eine gemeinsame Haltung finde, habe man aber etwa bei der Reitschule oder der Steuerpolitik eine diametral entgegengesetzte Haltung, sagt Fraktionspräsident Feuz.

Wen man nach dem Impfstatus fragen darf

Ungeimpfte Lehrkräfte Lehrpersonen oder Gastropersonal müssen kein Zertifikat vorweisen. Ist es erlaubt, sie trotzdem nach dem Impfstatus zu fragen?

Die Studien zeigen: Wer gegen das Coronavirus geimpft ist, ist weniger ansteckend. Unter Ungeimpften hingegen breitet sich die Delta-Variante schnell aus. Dass ungeimpfte Lehrpersonen auf ungeimpfte Kinder treffen, sorgt bei Eltern im Kanton Bern für Bedenken. Denn in den Schulen gilt weder eine Zertifikatspflicht noch eine Maskenpflicht. «Wenn die Lehrerin ungeimpft ist, gibt das ein schlechtes Gefühl», sagt eine Mutter aus dem Raum Bern etwa. «Und als Eltern fühlt man sich ohnmächtig.»

Ein Vater wollte sich dennoch bei seiner örtlichen Schule einbringen. Eines seiner Kinder leidet an einer Vorerkrankung. «Man setzt die Kinder schon einem gewissen Risiko aus», sagt er. Er habe nachgefragt, welche Lehrpersonen ungeimpft seien. «Ich wollte niemandem die Hölle heissmachen, sondern mit den Ungeimpften das Gespräch su-

chen und ihnen die Impfung nahelegen.» Aus Datenschutzgründen, erzählt der Vater, habe man ihm die Information verwehrt.

Es ist allerdings fraglich, ob die Schulleitung über diese Information verfügt. Schulen dürfen den Impfstatus ihrer Mitarbeitenden nicht erheben, wie die bernische Bildungsdirektion mitteilt. Die Erkundigung des Vaters ist aber kein Einzelfall: Auch in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens kann sich die Frage nach dem Impfstatus des Gegenübers stellen. In Gastrobetrieben oder Fitnessstudios etwa gilt zwar für Besuchende eine Zertifikatspflicht, nicht aber für Angestellte.

Heikles Thema in den Restaurants

«Gesundheitsdaten sind besonders schützenswert», schreibt die Gesundheitsdirektion des Kantons Bern. Bei Impfinformatio-

nen sei der Zugang jedoch für Arbeitgebende erleichtert worden. Kundinnen und Kunden hätten keine Einsichtsrechte. Ausnahmen gebe es aber, wenn der Kunde quasi zum Arbeitgeber werde. Den Privatinstruktor im Fitnessstudio etwa darf man fragen, ob er geimpft ist.

In Restaurants muss Personal dem Arbeitgeber den Impfstatus preisgeben, denn dieser hat Schutzvorgaben einzuhalten. Wo ein Zertifikat verlangt wird, müssen Arbeitnehmende in Innenbereichen Maske tragen, wenn sie keines haben. Wenn der Betrieb beim Personal auf dem Zertifikat bestehe, schreibt die Gesundheitsdirektion, müsse er «ein Testangebot bereitstellen».

Gastrobetriebe im Kanton Bern halten es unterschiedlich. «Einige haben eine Impfpflicht eingeführt und die nicht impfwilligen Mitarbeitenden entlassen», so Tobias Burkhalter, Prä-

sident des bernischen Gastronomieverbands. Andere hätten auf eine Zertifikatspflicht gesetzt – bis die Covid-Tests kostenpflichtig wurden. «Nun haben einige auf Maskenpflicht umgestellt.» Das Ganze sei ein «heikles Thema», so Burkhalter. Viele Wirte bevorzugten betriebsinterne Impfbefragungen, aber diese befänden sich in einer «arbeitsrechtlichen Grauzone». Doch andere störe der Druck auf Ungeimpfte. «Die Fronten sind verhärtet.»

Keine Kennzeichnung von Ungeimpften

Der Vater, der die Anfrage zu ungeimpften Lehrkräften stellte, ist selbst Geschäftsführer im Gastgewerbe. Er will in seinem Betrieb «eher geimpftes Personal» einstellen und hat ein CO₂-Messgerät angeschafft. «So nehme ich meine Verantwortung gegenüber Gästen und Personal wahr.» Das

«Ich wollte niemandem die Hölle heissmachen, sondern mit den Ungeimpften das Gespräch suchen und ihnen die Impfung nahelegen.»

Vater eines Berner Schülers

wünscht er sich auch von Schülern. «Ich bin gegen ein Impfbefragungsgesetz, aber man könnte etwa die Ungeimpften eine Maske tragen lassen, auch wenn dies der Kanton nicht verordnet.»

Beim Lehrberufsverband Bildung Bern hält man an den aktuellen Schutzkonzepten fest: schnelles Testen und temporäre

Maskenpflicht bei Ausbrüchen. Diese gelte es konsequent umzusetzen, so Stefan Wittwer vom Verband. «Wir müssen die Bedenken der Eltern ernst nehmen.»

Wittwer erinnert daran, dass die Behörden für einzelne Personengruppen keine separaten Massnahmen erlassen dürfen. «Es darf auch keine Kennzeichnung von ungeimpften Lehrkräften geben, der Datenschutz muss berücksichtigt werden.» Er betont aber, dass bei ausserschulischen Anlässen, etwa in Museen, auch für Lehrpersonen die Zertifikatspflicht gelte.

Die allermeisten dürften ein solches haben, glaubt Wittwer. «Wir gehen davon aus, dass ein Grossteil geimpft ist.» Die Lehrpersonen hätten die ihnen angebotene prioritäre Impfung im Frühling «sehr gut genutzt».

Calum MacKenzie